

Stellungnahme zum Postulat 185

Gesund essen ermöglichen – regionale Landwirtschaft stärken

Roland Z'Rotz und Anna-Lena Beck namens der GLP-Fraktion vom 26. März 2026
Antrag des Stadtrates: Ablehnung, StB 687 vom 9. September 2026

Mediensperrfrist: 12. Oktober 2026, 11.00 Uhr

Ausgangslage

Der Postulant und die Postulantin weisen darauf hin, dass steigende Lebenshaltungskosten Haushalte mit kleinen Budgets besonders stark treffen. Gerade frische, saisonale und gesunde Lebensmittel würden bei finanziellen Engpässen häufig zurückgestellt. Gleichzeitig stehe die regionale und nachhaltige Landwirtschaft unter wirtschaftlichem Druck. Das Postulat verbindet deshalb zwei Anliegen: den Zugang einkommensschwacher Haushalte zu gesunden Lebensmitteln zu erleichtern und regionale Produzentinnen und Produzenten zu stärken.

Konkret wird der Stadtrat beauftragt zu prüfen, ob eine subjektbezogene finanzielle Unterstützung für den Bezug von regionalen, nachhaltig produzierten Obst- und Gemüseanteilen eingeführt werden kann. Als mögliche Umsetzung werden Gutscheine oder ein jährlicher Beitragskredit genannt. Zudem soll geklärt werden, welche Bevölkerungsgruppen diese Unterstützung in Anspruch nehmen könnten, wie der Zugang möglichst niederschwellig ausgestaltet werden könnte und wie die Zielgruppen auf ein entsprechendes Angebot aufmerksam gemacht würden.

Das Postulat nennt als mögliche Modelle insbesondere die Solidarische Landwirtschaft (Solawi) bzw. die regionale Vertragslandwirtschaft. Bei diesen Modellen finanzieren Mitglieder einen Landwirtschaftsbetrieb oder eine Produktion solidarisch mit und erhalten dafür regelmässig Ernteanteile. Damit werden Kosten, Ernte und teilweise auch Produktionsrisiken gemeinsam getragen.

Erwägungen

Der Stadtrat teilt die Einschätzung, dass gesunde Ernährung, soziale Teilhabe und nachhaltige regionale Produktion wichtige gesellschaftliche Anliegen sind. Frische und saisonale Lebensmittel sollen auch für Menschen mit kleinem Budget möglichst gut zugänglich sein. Ebenso ist es aus städtischer Sicht sinnvoll, bestehende regionale Angebote sichtbar zu machen und dort zu stärken, wo dies mit einfachen, zielgerichteten Mitteln möglich ist.

Der Stadtrat ist jedoch der Ansicht, dass der im vorliegenden Postulat aufgezeigte Weg, nämlich die subjektbezogene Subventionierung von Ernteanteilen, weder für die angesprochene Zielgruppe noch für die regionale Landwirtschaft den erhofften Nutzen bringt. Dies aus folgenden Gründen:

1. Mit dem Caritas-Markt besteht in der Stadt und Agglomeration Luzern bereits ein Angebot für Menschen mit knappem Budget. Dort können Grundnahrungsmittel – ausdrücklich auch frisches Gemüse und frische Früchte – zu Tiefstpreisen eingekauft werden. Der Zugang ist über die bestehende Einkaufskarte bzw. die KulturLegi geregelt und damit niederschwellig und ohne zusätzlichen administrativen Aufwand für die Betroffenen. Über die Caritas-Märkte wird eine gesunde Ernährung somit bereits heute ermöglicht.
Vor dem Hintergrund, dass über die KulturLegi und die Caritas-Märkte bereits eine etablierte und gut funktionierende Möglichkeit besteht, sich günstig und gesund zu ernähren, steht die Einführung eines

weiteren Subventionierungsmechanismus aus Sicht des Stadtrates punkto Aufwand und Nutzen in keinem guten Verhältnis:

- Die Umsetzung des Postulats wäre mit erheblichen Kosten – einerseits durch aufwendige Vorabklärungen zu passenden Angeboten, Finanzierungsmechanismen und zum Adressaten- bzw. Berechtigtenkreis, andererseits schliesslich durch die Finanzierung eines tatsächlichen Angebots – verbunden.
- Der zusätzliche Nutzen für diejenigen Menschen, welche bereits heute die Möglichkeit haben, in den Caritas-Märkten einzukaufen, wäre fraglich.
- Fraglich wäre zudem, ob die entsprechenden Aboangebote tatsächlich in ausreichendem Masse genutzt würden. Anteils- und Abomodelle sind stets mit einer gewissen Verbindlichkeit und mit Aufwand verbunden (feste Bezugszeiten, Abholung, Verarbeitung saisonaler Mengen). Gerade in angespannten Lebenslagen kann dies eine zusätzliche Hürde statt einer Erleichterung darstellen.

2. Mit dem Postulat würde die regionale Landwirtschaft aus Sicht des Stadtrates, wenn überhaupt, nur marginal gefördert. Von einer städtischen Subventionierung würden lediglich einzelne Initiativen profitieren, die Ernteanteile in Aboform anbieten. Eine strukturelle Förderung der regionalen Landwirtschaft liesse sich damit nicht erreichen. Die im Postulat zutreffend beschriebenen Druckfaktoren würden durch eine punktuelle Abosubvention ebenfalls nicht strukturell gelindert.
3. Schliesslich ist ein Teil des Anliegens bereits in der Umsetzung des [Postulats 103](#), Anna-Lena Beck und Daniel Lütolf namens der GLP-Fraktion, Patricia Lang namens der SP/JUSO-Fraktion, Judit Aregger namens der GRÜNE/JG-Fraktion sowie Anna-Sophia Spieler und Mark Buchecker vom 22. Juli 2025: «Luzern als die erste «Essbare Stadt» der Schweiz», integriert. Die dort geforderten Massnahmen nehmen den Gedanken auf, Ernährung im Stadtraum sicht- und erlebbar zu machen und den Bezug zu regionalem, saisonalem und nachhaltigem Lebensmittelkonsum zu stärken.

Folgekosten bei Erheblicherklärung des Postulats

Bei einer Umsetzung des Anliegens entstehen der Stadt Luzern Kosten, die aller Voraussicht nach nicht durch die bestehenden Ressourcen gedeckt werden können. Diese können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beziffert werden. Sie hängen insbesondere davon ab, wie gross der Kreis der berechtigten Personen wäre, wie hoch ein Beitrag ausfallen würde, wie viele Personen das Angebot voraussichtlich nutzen würden, welche Anbieterinnen und Anbieter einbezogen und wie die Abwicklung administrativ organisiert würde.

Fazit

Der Stadtrat anerkennt das Anliegen des Postulats. Gesunde, frische und regionale Ernährung soll auch für Menschen mit kleinem Budget möglichst gut zugänglich sein. Gleichzeitig ist auch die Stärkung regionaler und nachhaltiger Landwirtschaft ein nachvollziehbares Ziel.

Bei der Beurteilung, ob mit vorliegendem Postulat diese Zielsetzung erreicht werden kann bzw. ob gegenüber den bereits bestehenden Angeboten ein signifikanter zusätzlicher Nutzen für die angesprochene Zielgruppe erreicht werden kann, kommt der Stadtrat jedoch aufgrund der oben gemachten Ausführungen zu einem negativen Schluss. Der Stadtrat beantragt daher die Ablehnung des Postulats.